



Vorlage
an den Haushalts- und Finanzausschuss
des Landtags Nordrhein-Westfalen

Ergebnisse der Oktober-Steuerschätzung 2023

Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags
Nordrhein-Westfalen am 16.11.2023

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat in seiner 165. Sitzung vom 24. bis 26. Oktober 2023 seine neue Prognose für die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden für die Jahre 2023 bis 2028 vorgelegt (das Jahr 2028 ist erstmals Teil des Schätzzeitraums).

Insgesamt ergeben sich aus den geschätzten Steuereinnahmen ohne Berücksichtigung von Korrekturen aufgrund vorhersehbarer Steuerrechtsänderungen folgende Auswirkungen für den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen im Finanzplanungszeitraum 2023 bis 2027:

in Mio. Euro	2023	2024	2025	2026	2027
	73.750	77.592	81.107	84.374	87.367

Gegenüber dem Haushaltsansatz 2023 und dem Steuereinnahmenansatz aus der Mai-Steuerschätzung ergeben sich nach der Herbststeuerschätzung folgende Abweichungen:

in Mio. Euro	2023	2024	2025	2026	2027
Ansatz Mai-Steuerschätzung	74.370	77.742	81.159	84.363	87.002
Differenz	-620	-150	-52	+11	+365

Dienstgebäude und

Lieferanschrift:

Jägerhofstr. 6

40479 Düsseldorf

Telefon (0211) 4972-0

Telefax (0211) 4972-1217

Poststelle@fm.nrw.de

www.fm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:

U74 bis U79

Haltestelle

Heinrich Heine Allee

Das Pauschalentlastungsgesetz, mit dem verschiedene politische Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern im Bereich der Fluchtmigration und im Hinblick auf die Realisierung der dritten Tranche des „Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ gesetzlich umgesetzt worden sind, und das KiTa-Qualitätsgesetz sind im Regionalisierungsergebnis bereits berücksichtigt. Da geplante, aber noch nicht in Kraft getretene Steuerrechtsänderungen im Rahmen der Steuerschätzung nicht einbezogen werden, können sich durch laufende Gesetzgebungsverfahren und Gesetzesvorhaben bei den Steuereinnahmen weitere Änderungen ergeben. Diese sind in dem o.g. Regionalisierungsergebnis noch nicht berücksichtigt.

Zum Hintergrund:

a. Steuereinnahmen

Den Ergebnissen der 165. Steuerschätzung zufolge entwickeln sich die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen unter Berücksichtigung der seit Mai in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen mit einem Volumen von 916,1 Mrd. Euro in diesem Jahr um rund 4,5 Mrd. Euro schlechter als noch in der Mai-Steuerschätzung erwartet. Die Gründe für das gegenüber der Mai-Steuerschätzung geringer geschätzte Gesamtsteueraufkommen im Jahr 2023 sind maßgeblich auf das schwache konjunkturelle Umfeld und die dadurch abgeschwächte Wirtschaftsleistung zurückzuführen. Die gedämpfte Entwicklung der Kasseneinnahmen bis einschließlich September 2023 spiegelt dies wider. Das Schätzergebnis für 2024 wurde zwar insgesamt um 1,9 Mrd. Euro leicht nach oben revidiert, die Aufwärtskorrektur fällt angesichts der langsamen Erholung der Wirtschaft jedoch gedämpft aus. Es wird erwartet, dass die maßgeblichen Impulse im Jahr 2024 von der Binnenkonjunkturbelebung aufgrund sinkender Inflationsraten und steigender Reallöhne ausgehen werden. Für die Jahre ab 2025 wird entsprechend der prognostizierten konjunkturellen Entwicklung eine weitere geringfügige Erholung des Steueraufkommens angenommen, die sich für den Gesamtstaat im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung auf weniger als 1 % p.a. beläuft.

Insgesamt ergeben sich mit der Oktober-Steuerschätzung 2023 im Vergleich zur Steuerschätzung aus Mai 2023 in dem Zeitraum 2023 bis

2027 23,3 Mrd. Euro mehr Steuereinnahmen. Hiervon entfallen auf den Bund 6,4 Mrd. Euro, auf die Länder 13,1 Mrd. Euro und auf die Gemeinden und den EU-Haushalt 3,8 Mrd. Euro.

Die Steuerschätzung aus Oktober 2023 prognostiziert für die Ländergesamtheit in den Jahren 2023 bis 2027 folgende Steuereinnahmen:

in Mrd. Euro	2023	2024	2025	2026	2027
Oktober- Steuerschätzung 2023	383,4	399,9	419,6	434,5	449,4
Veränderung in Prozent ggü. Vorjahr	-1,0 %	+4,6 %	+4,8 %	+3,5 %	+3,3 %
Abweichung zur Mai-Steuer- schätzung	2,7	1,7	2,4	2,7	3,6

Bei der Betrachtung der Entwicklung der Ländersteuereinnahmen sind die Transferzahlungen des Bundes an die Länder durch das Pauschalentlastungsgesetz sowie das KiTa-Qualitätsgesetz zu berücksichtigen, die das Aufkommen des Bundes in 2023 um 5,8 Mrd. Euro, in 2024 um 2,9 Mrd. Euro und in den Folgejahren um 900 Millionen Euro zugunsten der Länder vermindern. Eine echte Haushaltsverbesserung für Nordrhein-Westfalen ist damit allerdings nicht verbunden, da diese Beträge bereits im Wege eines Korrekturansatzes in der aktuellen Finanzplanung 2023 bis 2027 erhöhend berücksichtigt worden waren (vgl. Vorlage 18/1270 vom 16.05.2023).

b. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Herbstprojektion 2023 der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bildet die Grundlage für die Oktober-Steuerschätzung 2023. Mit der Herbstprojektion hat die Bundesregierung ihre Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt aus dem Frühjahr für die Jahre 2023 und 2024 erwartungsgemäß nach unten korrigiert, wobei die Herbstprojektion für das Jahr 2023 etwas optimistischer ausfällt als die Gemeinschaftsdiagnose führender Wirtschaftsforschungsinstitute. Die Veränderungen des realen und nominalen Bruttoinlandsprodukts gegenüber der Frühjahrsprojektion sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen.

in Prozent	2023	2024	2025	2026	2027
BIP nominal	+6,5	+4,4	+3,5	+2,7	+2,7
Diff. zu Mai 2023	+0,4	+0,4	+0,7	-0,1	-0,1
BIP real	-0,4	+1,3	+1,5	+0,6	+0,6
Diff. zu Mai 2023	-0,8	-0,3	+0,7	-0,2	-0,2

Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2023 einen Rückgang des realen Bruttoinlandprodukts in Deutschland von 0,4 % (Gemeinschaftsdiagnose: -0,6 %). Damit wird die Prognose vom Frühjahr 2023 von +0,4 % um 0,8 Prozentpunkte nach unten revidiert. Hauptursachen für die konjunkturelle Schwäche im Jahr 2023 sind die Auswirkungen der Energiepreiskrise, die noch immer hohe Inflation, das gestiegene Zinsniveau und das schwache internationale Handelsumfeld. Für 2024 wird angenommen, dass die Erholung mit 1,3 % weniger stark ausfällt als noch in der Frühjahrsprojektion 2023 (+1,6 %) erwartet (Gemeinschaftsdiagnose: +1,3 %). Im Jahr 2025 soll sich nach der Prognose die Wirtschaftsleistung mit einem Wachstum von 1,5 % weiter erholen (Gemeinschaftsdiagnose: +1,5 %). Ab dem Jahr 2026 erfolgt lediglich eine technische Fortschreibung der Wachstumsraten, die zu einem Schließen der Produktionslücke zum Ende des Prognosezeitraums führt. Damit wird sich Deutschland auch in diesem und nächsten Jahr langsamer entwickeln als andere G20 Industriestaaten. Nach einer aktuellen Prognose der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung soll die Weltwirtschaft in 2023 um 3,0 % und in 2024 um 2,7 % wachsen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass für die Schätzung der gewinn- und umsatzabhängigen Steuern vor allem das nominale, nicht inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt ausschlaggebend ist. Hierfür werden Veränderungsdaten von +6,5 % für das Jahr 2023, +4,4 % für das Jahr 2024 sowie von +3,5 % für das Jahr 2025 erwartet, was gegenüber der Mai-Steuerschätzung jeweils ein Plus von 0,4 Prozentpunkten für die Jahre 2023 und 2024 sowie von 0,7 Prozentpunkten für das Jahr 2025 bedeutet.

Die Wachstumserwartungen für die Jahre 2024 und 2025 begründen die Prognostiker vor allem mit einem spürbaren Rückgang des Preisauftriebs im kommenden Jahr, wodurch die Binnenkonjunktur merklich gestärkt werden dürfte. Nach einem Anstieg der Verbraucherpreise um 6,1 % in

diesem Jahr geht die Bundesregierung von einem deutlichen Rückgang auf 2,6 % im nächsten Jahr und 2,0 % im Jahr 2025 aus. Ob die Inflationsrate in den kommenden Jahren tatsächlich in dem erwarteten Maße zurückgehen wird, ist allerdings mit einiger Unsicherheit behaftet.

Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass sich das Arbeitsmarktumfeld weiterhin als Stabilitätsanker erweist, auch wenn die gedämpfte Konjunktur am Arbeitsmarkt ebenfalls Spuren hinterlässt. Die Arbeitskräftenachfrage gab zuletzt zwar nach, liegt allerdings weiter auf hohem Niveau. Vor diesem Hintergrund wird erwartet, dass die Erwerbstätigkeit im Projektionszeitraum weiter zulegen wird: In diesem Jahr kräftig um rund 325 Tsd. Personen, in den Jahren 2024 und 2025 schwächen sich die Zuwächse allerdings ab (+140 Tsd. bzw. +80 Tsd. Personen).

Zwar deuten die Konjunkturindikatoren auf eine schrittweise Erholung der Wirtschaft in den Jahren 2024 und 2025 hin, die konjunkturelle Lage bleibt jedoch weiter fragil und die Zuwachsraten beim realen Bruttoinlandsprodukt sind eher gering. Es bestehen insbesondere im Hinblick auf die unsichere Entwicklung des Welthandels, der Inflation, der Finanzierungskosten und der Energiepreise im Winterhalbjahr sowie der geopolitischen Lage erhebliche Abwärtsrisiken.

Im Ergebnis ist nach der aktuellen Steuerschätzung ohne Berücksichtigung von noch nicht in die Schätzung einbezogener Steuerrechtsänderungen für die Jahre 2023, 2024 und 2025 von einer weiteren Haushaltsverschlechterung und für die Jahre 2026 und 2027 von einer geringen Verbesserung gegenüber dem bisherigen Planungsstand auszugehen. Zusätzliche finanzielle Spielräume eröffnen die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung damit nicht, zumal inflationsbedingt höhere Ausgaben hinzukommen und mit dem im Gesetzgebungsprozess befindlichen Steuergesetzen weitere Steuereinnahmensenkungen einhergehen könnten.


Dr. Marcus Ortendrenk